

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: SZR - USA - Luxussteuer - Übersee-
Import-Messe - IATA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: SZR - USA - Luxussteuer - Übersee-Import-Messe - IATA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 10, pp. 488-489

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134867>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

SZR

Ungewisse Zukunft

Die jüngste Ölpreiserhöhung der OPEC führte einmal mehr zu zahllosen Spekulationen über die wahrscheinlichen Zahlungsbilanz- und Inflationseffekte. Mehr am Rande wurde dagegen die Meldung vermerkt, daß die Preise weiterhin auf Dollar- und nicht, wie seit langem erwartet, auf SZR-Basis berechnet werden. Ursache dafür ist die Dollarhaussse. Diese beendete auch die auf dem Euro-Kapitalmarkt herrschende SZR-Euphorie, denn die erst seit kurzem angebotenen SZR-Anleihen werden zur Zeit kaum noch nachgefragt.

Das Schicksal der SZR ist offenbar eng mit der Position des Dollars verbunden. Das gilt für den privaten Bereich ebenso wie für das offizielle Währungssystem, in dem die SZR die ihnen ursprünglich zugedachte Rolle eines zentralen Reservemediums bisher nicht übernehmen konnten. Die wichtigsten Gründe hierfür sind wohl die Ölpreispolitik der OPEC und das Floating. Beide lassen den Dollarüberhang und die Dollarschwemme nicht mehr als Problem erkennen und beseitigen damit die unmittelbare Notwendigkeit für ein zentrales, nach rationalen Kriterien geschaffenes Reservemedium.

Zusätzliche internationale Liquidität wird jedoch auch heute noch benötigt. Der Bedarf ist allerdings nicht mehr so groß wie zu Zeiten fester Paritäten. Er wurde durch den Ausbau multilateraler und bilateraler Kreditmechanismen gedeckt. Diese Form der Liquiditätsschöpfung ist kaum weniger rational als die Schaffung zusätzlicher SZR. Gleichzeitig dürfte ihre Disziplinierungskraft sogar noch größer sein, denn die Kreditnehmer sind durch die uneingeschränkte Rückzahlungsverpflichtung auf jeden Fall zu internen Anpassungsmaßnahmen gezwungen. Je länger dieses System existiert, um so deutlicher werden seine Vorteile und um so ungewisser die Zukunft der SZR als Reservemedium. Ob sie daneben weiter als Rechnungseinheit verwendet werden, ist für das Währungssystem insgesamt relativ belanglos. kb

USA

Importbeschränkungen für EG-Stahl?

In die Reihe der amerikanischen Unternehmen, die Schutzmauern gegen Importe fordern, hat sich nun auch die US-Steel-Corporation eingereiht. Mit der Begründung, die Produzenten in sieben EULändern würden ihre Erzeugnisse auf dem US-Markt unter Preis verkaufen, beantragte der größte

US-Stahlkonzern beim zuständigen Schatzamt in Washington ein Anti-Dumping-Verfahren. Schon jetzt steht fest, daß sich die ganze Branche dem Ruf nach Ausgleichszöllen anschließen wird.

Hintergrund der Forderungen nach Importbeschränkungen ist eine seit über zehn Jahren schwelende Auseinandersetzung um die Ausgleichsfähigkeit von indirekten Steuern. Nach Auffassung der amerikanischen Stahlkoche verstößt die in Europa übliche Mehrwertsteuererstattung gegen die Regeln eines fairen Wettbewerbs, da sie als eine Subventionierung der Exporte anzusehen sei. Interessant ist, daß dies nicht nur der zweite Vorstoß der Stahlindustrie in bezug auf die Mehrwertsteuer ist, sondern daß das Vorgehen wohl auch politische Methode hat: Washingtons Handelspolitiker haben immer dann an der Mehrwertsteuer Anstoß genommen, wenn es schlecht um die US-Konjunktur stand. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß die Mehrwertsteuerrückvergütung beim Export ausdrücklich dem GATT-Statut und damit einer fairen Handelspolitik entspricht. Denn erst durch die Befreiung von der von Land zu Land unterschiedlichen Steuer auf den Verbrauch entstehen international gleiche Wettbewerbsbedingungen. Aber obwohl die Europäer das GATT-Recht auf ihrer Seite haben, gibt dieser US-Vorstoß Anlaß zur Besorgnis, denn angesichts bevorstehender Präsidentschaftswahlen wird es der amerikanischen Regierung selbst bei gutem Willen schwer fallen, den Protektionisten zu widerstehen. hh

Luxussteuer

Ein teurer Luxus

Die Absicht der Bundesregierung, zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfs die Mehrwertsteuer ab 1. 1. 1977 von 11 auf 13% bzw. von 5,5 auf 6,5% heraufzusetzen, stieß auf heftige Kritik aus verschiedenen Richtungen. Während die Opposition prinzipiell keine Steuererhöhungen will, weil sie den wirtschaftlichen Aufschwung bremsen, und statt dessen weitere Sparmaßnahmen fordert, lehnen die Gewerkschaften eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze wegen ihrer unsozialen Wirkungen ab. Als Alternative schlug der SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Erhard Eppler, die Einführung einer Luxussteuer vor, die in Form eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes auf Luxusgüter erhoben werden soll. Gegen die Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes auf bestimmte Gütergruppen müssen jedoch erhebliche Bedenken geltend gemacht werden.

Zum einen würde eine solche Luxussteuer einen erheblichen Verwaltungsmehraufwand erfordern,

der den allenthalben durchgeführten Sparmaßnahmen zuwiderliefe. Zum anderen bringt die Definition des Begriffs „Luxus“ und die Abgrenzung der zu steuernden „Luxusgüter“ erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Wird der Begriff sehr eng gefaßt und auf wenige, extrem teure Gegenstände beschränkt, wird das Steueraufkommen so gering sein, daß es keinen nennenswerten Beitrag zum Abbau der Haushaltsdefizite zu leisten vermag. Interpretiert man den Begriff dagegen weiter und schließt Gegenstände des sog. gehobenen Bedarfs ein, wird die Ergiebigkeit der Steuer zwar erhöht; derartige „Luxusartikel“ werden jedoch oft von Leuten erworben, die mühsam für ihren Erwerb gespart haben. Diese würden von einer solchen Steuer besonders hart betroffen. Schließlich könnte eine erhebliche Verteuerung dieser Produkte in einigen Branchen zu einer Gefährdung der Arbeitsplätze führen, die dann wieder zusätzliche öffentliche Ausgaben in Form von Subventionen oder Arbeitslosenunterstützung nach sich ziehen würde.

wei

Übersee-Import-Messe

Konkurrenz kontra Effizienz

Die Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts“, die alljährlich in Berlin stattfindende Präsentation von Exporterzeugnissen aus Entwicklungsländern, schloß Ende September mit einem überraschend guten Erfolg ab. Insbesondere konnte es als ein „Durchbruch“ angesehen werden, daß Importeure aus dem europäischen Ausland ihre bisherige Zurückhaltung abgelegt hatten und weitaus zahlreicher als in den vorangegangenen Jahren in Berlin erschienen waren. Ihre Teilnahme und rege Bestelltätigkeit unterstrichen, daß die Übersee-Import-Messe nunmehr voll in die Rolle einer Universal-Messe für Entwicklungsländer in Europa hineingewachsen ist.

Wenngleich Veranstalter, Aussteller und Fachbesucher über diese Entwicklung außerordentlich zufrieden sein können, so ist doch die Freude nicht ungetrübt, da dem Vernehmen nach im kommenden Jahr eine Konkurrenz-Messe in London zum ersten Mal ihre Tore öffnen soll. Die Verärgerung resultiert nicht so sehr aus möglichen Rückschlägen für die Berliner Veranstalter; sie hat ihren Ursprung vielmehr in der Befürchtung, daß den ausstellenden Entwicklungsländern damit ein Bärendienst erwiesen würde. Ihr finanzieller Spielraum für die Beschickung der Messen ist sowieso schon so eng, daß das Veranstalterland Bundesrepublik im Rahmen seiner Entwicklungshilfe mit erheblichen öffentlichen Mitteln einspringen muß. Vor allem kleinere Exportländer dürften finanziell überfordert werden, wenn es nicht durch Spezialisierung zu einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen beiden Messeplätzen kommt.

sierung zu einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen beiden Messeplätzen kommt.

Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob von einer derartigen Messe-Zersplitterung zusätzliche Impulse für den geschäftlichen Erfolg der Aussteller ausgehen können. Konkurrenz steigert nicht immer die Effizienz. Es wäre ein positiver Beitrag zur europäischen Entwicklungspolitik, wenn die EG-Kommission endlich durch eine stärkere Förderung der Übersee-Import-Messe in Berlin ein Zeichen setzen würde. Die Gelder sind „in Aussicht gestellt“, indes: noch fehlen Taten. bo

IATA

Krise der Fluggesellschaften

Anläßlich der Jahrestagung der in der International Air Traffic Association (IATA) zusammengeschlossenen Luftverkehrsgesellschaften offenbarte Generalsekretär Knut Hammar skjöld, was Fachleuten in aller Welt längst kein Geheimnis mehr war: der Weltluftverkehr befindet sich in einer schweren Krise. Während sich bei den IATA-Gesellschaften 1973/74 noch ein betrieblicher Überschub ergab, konnten sie 1974/75 ihre Betriebskosten nicht mehr erwirtschaften. Besonders defizitär war der Nordatlantikverkehr.

Ursächlich für die Fehlentwicklung sind neben den Kostensteigerungen, insbesondere im Flugtreibstoff- und Personalbereich, die vor allem von amerikanischen Gesellschaften geschaffenen Überkapazitäten sowie die Verfallserscheinungen im IATA-Preiskartell. Ein Abbau der Überkapazitäten erscheint dringend geboten, damit auch bei gestiegenen Kosten wieder wirtschaftlich gearbeitet werden kann. Hierzu böte es sich an, den Auslastungsgrad durch ein Pool-Abkommen zwischen den Gesellschaften zu erhöhen; diese Lösung scheitert aber an den US-Antitrustgesetzen. Auch kostenorientierte, drastische Preiserhöhungen versprechen keine finanzielle Sanierung; sie würden wahrscheinlich nur einen stärkeren Nachfrageausfall und damit eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nach sich ziehen.

So gibt es derzeit neben „maßvollen“ Tarifierhöhungen nur einen Weg, der zu einem, wenn auch bescheidenen Erfolg führen könnte: die Gesellschaften müssen sich künftig strikt an die IATA-Abkommen halten. Denn mit den illegalen Preisrabatten, zu denen die Mitglieder in der Vergangenheit häufig übergegangen waren, hatten sie letztlich auch ihre eigene Wirtschaftslage verschlechtert. Daß sich aber nach den Diskussionen und Ermahnungen auf der Jahresversammlung Grundlegendes ändern wird, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen stark zu bezweifeln. iwe